



Medienmitteilung

Zürich, 15. April 2021

Beschlüsse der Kommissionen

GPK: Offene Versicherungsfragen im Bereich der «Sharing Economy»

Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) beantragt dem Kantonsrat, die Frist für die Berichterstattung des Regierungsrates zu einem Postulat der ehemaligen GLP-Kantonsrätin Judith Bellaiche um ein Jahr bis zum 17. Juni 2022 zu verlängern ([5689](#)). Der Regierungsrat wird mit dem Postulat aufgefordert, konkrete Lösungen aufzuzeigen, wie neue Arbeitsformen der «Sharing Economy» mit den Versicherungs- und Sozialwerken besser in Einklang gebracht werden können. Da das Sozialversicherungsrecht hauptsächlich auf Bundesebene geregelt ist und dort verschiedene Berichte abgewartet werden müssen, erscheint der Kommission die Fristerstreckung zweckmässig.

GPK-Präsident: Beat Habegger (FDP, Zürich) 076 383 82 35

KBIK: Kommission befürwortet Massnahmen zur Bekämpfung der Kinderarmut

Die Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) beantragt einstimmig, das Postulat von SP-Kantonsrätin Sibylle Marti über die Bekämpfung von Kinderarmut im Kanton Zürich als erledigt abzuschreiben ([5670](#)). In einem Bericht wird dargelegt, dass Bund, Kanton und Gemeinden, gestützt auf das nationale Programm gegen Armut, drei spezifische Handlungsfelder identifiziert haben, die schwerpunktmässig bis 2024 bearbeitet werden. Sie betreffen die Förderung von Bildungschancen, die soziale und berufliche Integration und die allgemeinen Lebensbedingungen. Viele Massnahmen sind Daueraufgaben und werden als Querschnittsaufgaben in interinstitutioneller Zusammenarbeit umgesetzt. Aus Sicht der KBIK tragen Investitionen in die Entwicklung und Ausbildung von armutsbetroffenen Kindern und Jugendlichen massgeblich dazu bei, spätere Sozialleistungsbezüge zu vermeiden. Dabei ist die Frühförderung am effektivsten, weshalb die KBIK vom Regierungsrat erwartet, dass er seine Anstrengungen in diesem Bereich intensiviert.

KBIK-Präsident: Christoph Ziegler (GLP, Elgg), 079 769 34 36

Auf dem vorliegenden Bulletin sind alle publikationsreifen Beschlüsse festgehalten, die seit dem letzten Bulletin von Kommissionen gefasst und noch nicht kommuniziert wurden.